

## Sonderprüfung: Antrag eine Frechheit SPÖ gibt Opposition die Schuld, dass sich das Investitionsklima verschlechtert – KPÖ für Kontrolle durch den Rechnungshof

Unsere Gemeinde Fohnsdorf ist wegen ihrer hohen Verschuldung in den Schlagzeilen.

In der Gemeindezeitung vom August 09 kritisiert uns der Bürgermeister, weil die KPÖ folgendem Antrag auf eine Sonderprüfung durch die Aufsichtsbehörde nicht zugestimmt hat.

Auszug aus dem Antrag: Durch die ständigen Angriffe der ÖVP Fohnsdorf- insbesondere durch Frau Vizebgm. Ingrid Felfer auf Bgm. Johann Straner im Bezug auf

die Gebarung der Gemeinde Fohnsdorf hat sich das Investitionsklima in Fohnsdorf hinsichtlich der Errichtung eines Hotels wesentlich verschlechtert.

Investoren von dritter Seite in einer Gemeinde zu finden, hängt schlussendlich auch sehr von der internen Stimmung und der damit verbundenen Außenwirkung ab.

Durch die ständigen me-

dialen Rundumschläge der ÖVP, gefährdet diese eine positive Weiterentwicklung der Gemeinde Fohnsdorf in einem unanschätzbaren Ausmaß.

Bgm. Straner möchte mit dem Ersuchen an die Aufsichtsbehörde des Landes Steiermark eine umfangreiche Prüfung der Gebarung der Gemeinde Fohnsdorf vorzunehmen, weiteren Schaden, der durch die destruktive Haltung der ÖVP entsteht, von seiner Gemeinde abwenden.

Es ist aber unter der Gürtellinie, wenn man

der Opposition in einem Antrag vorwirft, sie würde durch ihre Kritik "das Investitionsklima in Fohnsdorf wesentlich verschlechtern". Außerdem kann der Volksbürgermeister nicht verlangen, dass wir die Lobeshymnen auf die SPÖ in diesem Antrag mittragen.

Der KPÖ ist eine Prüfung durch die Aufsichtsbehörde zuwenig weil das System einen Schutzmantel über SPÖ- und ÖVP-Gemeinden breitet. Das sieht  
Fortsetzung umseitig

## Mitarbeit willkommen

Haben Sie Interesse,  
bei uns mitzuarbeiten?  
Kein Problem. Ihre  
Meinung ist gefragt.

Unsere Telefon-  
nummer lautet:  
03573 / 2166

Ausgewogenheit  
in der  
Gemeindestube



KPÖ



Im Gemeinderat werden Lobeshymnengesungen, dass in Fohnsdorf alles schöner geworden ist. „Früher war Fohnsdorf schiach, jetzt ist es schön“ (Bgm. Straner im Gemeinderat). „Es ist egal, wie viele Schulden eine Gemeinde hat, es kommt darauf an, was mit dem Geld gemacht wurde“ (ehem. Finanzreferent Zehenthofer). Unser Bild zeigt, dass da die Wirklichkeit nicht ganz mitkommt.

Fortsetzung von Seite 1

auch die Illustrierte NEWS so. Sie schreibt über den "Fall Fohnsdorf" wörtlich: "Die zuständige Gemeindeaufsichtsbehörde zielt sich nach allen Regeln der Kunst, die ebenfalls roten Gemeindeverantwortlichen auf Herz und Nieren zu prüfen. Sogar der Vorwurf, eine Bürgermeisterschutzbehörde zu sein, steht bereits im Raum". (News 36/0)

Nur durch eine Bundesrechnungshofprüfung käme Licht ins Dunkel. Das ist möglich, wenn der Landtag mit der Mehrheit von KPÖ, Grünen und der ÖVP die Prüfung der Gemeinde Fohnsdorf durch den Rechnungshof beschließt.

Leider ist die Landes-ÖVP gegen diese Vorgangsweise, um ihre eigenen Gemeinden zu schützen. Damit wird aber auch das Auftreten der ÖVP in Fohnsdorf entwertet. Inzwischen ist auch die Bundes-ÖVP für eine Rechnungshofprüfung aller Gemeinden.

Der SPÖ empfehlen wir, die unsachlichen Angriffe auf die KPÖ und die gesamte Opposition in Zukunft zu unterlassen. Die Lage ist viel zu Ernst für solche Spielchen.

## Was uns auf- und einfällt...

... dass die Gemeinde Fohnsdorf im Jänner 2000 noch **16,3 Millionen Schilling an Rücklagen** hatte.

... dass an den Grenzen keine rot-weiß-roten Fahnen mehr hängen dürfen. Mit diesem Erlass will das Innenministerium **besonders EU-freundlich** sein. Die Bevölkerung ist aber dagegen.

... dass die Kosten der **Fernwärmeinvestitionen** höher sind als geplant. Sie sind von 700.000 auf 1 Million Euro gestiegen.

... dass die KPÖ die Kosten für die **Wahlwerbung** gesetzlich beschränken möchte. Klubobmann Kaltenegger: „Die Bevölkerung hat diese Materialschlachten schon längst satt“.

... dass die **Stahl Judenburg** eine Besitzstörungsklage anstrebte, wegen **aufstellens eines Plakatständers auf ihrem Grundstück**. Die KPÖ mußte 200 Euro bezahlen, um eine Klage abzuwenden.

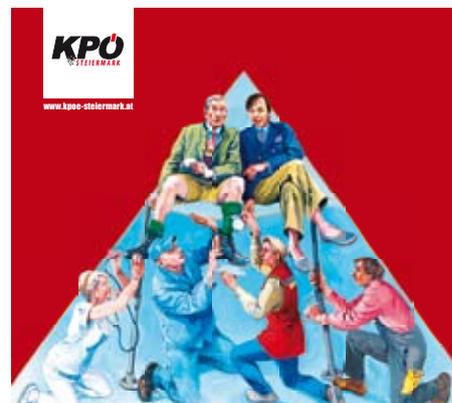
... dass in Hetzendorf ein **Pflegeheim** mit rund 25 Betten errichtet wird. .

## Selbstkostenbeiträge

Um die Opposition zu kritisieren muss die SPÖ schon Artikel unserer Zeitung „Glück auf“ ausgraben, die 10 Jahre alt sind. Uns wird vorgeworfen, geschrieben zu haben, das Ärztezentrum sei nur für Reiche. In Wirklichkeit haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass bei Inanspruchnahme eines Wahlartzes Selbstkostenbeiträge zu bezahlen sind. Das kann sich wirklich nicht jeder leisten.

## SPÖ mit zwei Gesichtern

*Während Bgm. Straner in der Öffentlichkeit immer freundlich und unarmend agiert, zeigen andere SP-Mandatäre ihr wahres Gesicht. Um den politischen Gegner zu schwächen, ist ihnen nichts zu minder. Vor allem Vizebürgermeister G.Pirker legt sich dabei besonders ins Zeug. Mit Aussagen wie „Anpatzen“ oder „Anschwärzen der SPÖ“ kritisiert er die Opposition. Dabei ist es gerade umgekehrt. Weiters bezeichnet er begründete Artikel in der KPÖ-Zeitung als Falschmeldungen. Die Attacken gegen die Opposition sind mehr als unsachlich und primitiv zu bezeichnen. Ist das die neue Strategie der SPÖ? Bürgermeister Straner täte gut daran, seinen Vize in die Schranken zu weisen. Schließlich muss es für alle darum gehen, ein gutes Gesprächsklima zu finden um das Beste für die Gemeinde zu erreichen.*  
 KPÖ-Bezirksvorsitzenderstellvertreter Gerd Wieser



**KPÖ STEIERMARK**  
www.kpoe-steiermark.at

**Mit uns ...**

- \* gemeinsam für die Reichensteuer
- \* gemeinsam gegen die Profitgier
- \* gemeinsam gegen Hungerlöhne

**Fohnsdorf: KPÖ für • Rechnungshofprüfung, • Neuordnung der Gemeindeaufsicht, • Ausweitung des Gemeindeprüfungsausschusses auf ausgelagerte Gesellschaften (KWM, Therme)**

**LAbg. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ):**

„Die Gemeindeaufsicht in ihrer bisherigen Form ist untragbar“, kritisiert KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler das steirische System der Gemeindeaufsicht, das es SPÖ und ÖVP erlaubt, einen Schutzmantel über „ihre“ jeweiligen Gemeinden zu breiten.



KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler: Rechnungshof soll prüfen

**26. Oktober: Neutralitätsfeiertag**  
**Festveranstaltung der steirischen KPÖ**  
 Festrede: KPÖ-Stadtrat Dr. Werner Murgg

**Frühschoppen, 26. 10. 2009 ab 10.30 in Leoben, Brauhaus-GÖSS**

**mit Kurt Palm und OKEMAH**

**unterhaltsames Nachmittagsprogramm**  
 Voranmeldung: 035 73 / 21 66

**Bus aus Fohnsdorf!**




## GLB-Aichfeld neu gegründet

Nach dem hervorragenden Abschneiden bei der heurigen AK-Wahl in den Bezirken Knittelfeld und Judenburg haben sich die Betriebsräte des GLB entschlossen, eine eigene GLB –Aichfeld

Anlaufstelle für Arbeitnehmer einzurichten. Gerhard Simbürger Obmann - Tel



0660 127 2250 und sein Team beraten gerne bei Problemen am Arbeitsplatz



## Glühbirnen: EU-Zwangsverordnung

Die KPÖ fordert die Rücknahme der EU-„Glühbirnenverantwortung“ und kritisiert die österreichischen Politiker, die diese Zwangsbestimmung im Interesse einiger Konzerne auf allen Ebenen durchgewunken haben.

Die Proteste der letzten Tage und auch die Vorratskäufe der Bevölkerung zeigen, dass hier über die Köpfe der Leute hinweg ent-



foto cc flickr christophritzer

schieden worden ist. Dazu kommt noch, dass die behauptete Energieeinsparung unterm Strich nur 4 Promille ausmacht.

Darüber hinaus verbraucht die Herstellung einer Energiesparlampe fünf bis zehnmals mehr Energie als die Produktion einfacher Glühbirnen. Die Leuchtröhren enthalten Quecksilber und sind daher Sondermüll.

## Steiermark: Arbeitslosigkeit in Metallberufen fast verdoppelt

„Die Zahl der Arbeitslosen in der Steiermark ist innerhalb eines Jahres insgesamt um ein Drittel angestiegen, bei den Metall- und Elektroberufen hat sie sich aber fast (um 95,9%) verdoppelt: Und das, obwohl gerade in diesem Bereich schon sehr viele Leute in Kurzarbeit sind.

Besonders stark betroffen von der steigenden

Arbeitslosigkeit ist auch unsere Region.

Der steirische GLB kann den arbeitenden Menschen kein Ende der Massenarbeitslosigkeit versprechen. AK-Rat Peter Scherz: „Wir werden aber immer an der Seite der Kolleginnen und Kollegen stehen, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu verteidigen“.

KPÖ-Gemeinderätin  
Elfi Wieser  
Tel. 0676 / 372 4677



Liebe Fohnsdorferin!  
Liebe Fohnsdorfer!

## Trauerspiel um Mindestsicherung

100 Milliarden Euro werden für die Banken ausgeschüttet. Für die dringend notwendige Mindestsicherung stellt man nur 120 Millionen Euro bereit. Wo bleibt da die Gerechtigkeit, wenn man für die paar Banken 800mal so viel Steuergeld ausgeben will wie für die zehntausenden Menschen, denen es gar nicht gut geht?

Bei der Mindestsicherung – die die derzeitige Sozialhilfe ersetzen soll – spart man und streicht den 13. und 14. Bezug. Politiker, die den BezieherInnen der künftigen Mindestsicherung 1.466 Euro pro Jahr vorenthalten wollen (das bedeutet nämlich das Streichen des 13. und des 14. Bezuges) haben entweder keine Ahnung mehr davon, wie es vielen Leuten im Lande geht, oder sie sind ganz einfach zu Zynikern geworden.

Beziehen der Mindestsicherung wird es fast so gehen wie Hartz-4-Empfängern in Deutschland. Man greift auf ihren Besitz zu. Sie müssen Eigentum (Lebensversicherung, Sparbücher, Auto) veräußern.

In Wirklichkeit ist das als Theater um die „Mindestsicherung“ ist ein würdeloses Schauspiel privilegierter Parteipolitiker auf Kosten von Menschen mit geringem Einkommen, die jeden Euro brauchen.

... meint Ihre KPÖ-Gemeinderätin Elfi Wieser

**KPÖ**  
FOHNSDORF

**Glück auf!**

## Ex-EGAM Häuser: Probleme!

Unklare Betriebskostenabrechnungen, Verweigerung von Auskünften – der Verkauf der EGAM-Wohnungen, bis 2006 in Bundesbesitz, macht nur

Probleme. Viele Mieter der Ex-EGAM-Wohnungen sind unzufrieden mit der Linzer „Wohnbau 2000“, die Eigentümerin dieser Anlagen ist.

# Vorankündigung: Neues Programm mit den Schmetterlingen



**Samstag, 21. November 2009  
18 Uhr, Resti Fohnsdorf**

**90 Jahre KPÖ-Fohnsdorf**



**Kartenreservierung  
unter Tel. 035 73 / 21 66  
oder 0664 73 46 2480**

## Girokonten: Überziehungszinsen begrenzen!

Eine Begrenzung der Überziehungszinsen der österreichischen Banken und Sparkassen auf ein erträgliches Maß. Das fordert die KPÖ.

Die Banken werden mit Milliarden aus Steuergeldern gestützt, der Leitzinssatz der Zentralbank beträgt 1 Prozent. Trotzdem sind weiterhin Überziehungszinsen bei Gehaltskonten von mehr als 10 Prozent die Regel. Die Menschen, denen es in der jetzigen Krise bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nicht gerade gut geht, müssen auf diese

Weise dafür zahlen, dass die Bankmanager weiterhin saftige Sonderzahlungen kassieren können.

Die Überziehungszinsen müssen begrenzt werden. Die steirische KPÖ schlägt deshalb vor, dass die Überziehungszinsen nur um fünf Prozent über dem Zentralbanksatz liegen dürfen. Das wären zurzeit sechs Prozent. Diese gesetzliche Begrenzung wäre eine Antwort auf Kurzarbeit und steigende Arbeitslosigkeit. Viele Familien überziehen in der Wirtschaftskrise ihr Konto und müssen Wucherzinsen bezahlen.

Reichtum *teilen!*

**KPÖ** - Liste 3  
www.kpoe-steiermark.at

**Für ein schuldenfreies  
Fohnsdorf**

### Hohe Zinsenlast

Die jährlichen Kreditzinsen der Gemeinde Fohnsdorf betragen:

Ordentl. Haushalt	986.230,12
Kassenkredit	150.179,73
Zinsen aus Leasing	225.829,05
<b>Gesamt:</b>	<b>1.362.238,90</b>

Die Zinsen für die Finanzschulden sind in diesem Betrag nicht enthalten.



Beim heurigen 24-Stunden-Rennen waren erstaunlich wenig Zuschauer, obwohl viele Teams am Start waren. Auffallend ist, dass Großveranstaltungsobmann Vizebürgermeister Günter Pirker bei seinem Lieblingsprojekt nicht anwesend war.

### KPÖ Bürozeiten

Das KPÖ-Büro des Bezirks am Fohnsdorfer Josefiplatz 3 ist Mittwoch von 16 bis 18 Uhr und Donnerstag von 10 – 12 Uhr geöffnet.

Tel. 0664 / 7346 2480

